

Hugenberg's Volksbegehren.

Kritik und Opposition aus den eigenen Reihen.

Schon öfter haben wir darauf hingewiesen, daß die von den Deutschnationalen auf Befehl Hugenberg's betriebene Opposition sich zum Schaden der eigenen Partei auswirken wird und nichts anderes bedeutet, als hemmungslose Negation. Besonders deutlich zeigt sich das bei dem Hugenberg-Volksbegehren. Man hört zwar heute nicht mehr sehr viel davon, die Propaganda hat nachgelassen, umso stärker aber wird die Kritik an diesem Volksbegehren in den Kreisen der Rechten selbst. Die Opposition in den eigenen Reihen wächst täglich. Man weiß heute Hugenberg vor, daß es ja gar nicht um das Volksbegehren selbst zu tun ist, sondern daß er nur eine sogenannte nationale Einheitsfront von ihm bis Hitler schaffen wollte.

Jetzt bringt der „Deutschen Spiegel“, eine rechtsstehende Wochenzeitschrift, in Nr. 29 unter dem Titel „Positive Opposition“ eine geradezu vernichtende Kritik an Hugenberg's Machenschaften. Der Artikel weist darauf hin, daß die Deutschnationale Partei in der außenpolitischen Führung sehr unsicher geworden sei, was sich vor allem bei der bekannten Abstimmung über den Damesplan gezeigt habe. Von jener Stunde an haben die Rechtskreise eine neue Führung erstrebt, der es gelungen sei, in die Partei wieder eine einheitliche Auffassung zu bringen. Hugenberg habe diesen Wunsch seiner Anhänger erfüllt, aber nur insofern, als er seine Absicht verwirklichen konnte, eine innenpolitische Sammlung zu ermöglichen mit dem Ziel der Bekämpfung des Youngplans. Dann lesen wir weiter:

„Wir stehen wieder einmal vor der Tatsache, daß die nationale Opposition im Begriff steht, sich außenpolitisch auf eine Politik der völligen Negation festzulegen. Wollen wir denn immer bei dem reinen Protest stehen bleiben? Wenn man heute gegenüber Angehörigen dieser Politik solche Einwände geltend macht, wenn man ihnen sagt, daß sie wieder einmal Entwürfungen bekämpfen, die sie doch nicht aufhalten können, antwortet man: „Wir haben den nötigen Einfluss auf das Kommando zu sichern, dann erhält man die abschließende Antwort: „Unser Anhang würde eine solche Politik nicht verstehen. Man tut also genau das, was man weltanschaulich bekämpft, man macht eine tiefe Verbeugung vor dem Ungeheuer der Demokratie und erklärt sich heroisch bereit, die Fehler einer an der eigenen Anhängerschaft veräußerten Erziehungspolitik am ganzen Volke büßen zu lassen.“ Die gleiche agitatorische Kurzichtigkeit, die nach der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages unter dem Druck der rasch sich ändernden Lage des Landesverbandes zum Austritt der Deutschnationalen aus der Reichsregierung führte, und die dann alles das kommen ließ, was mit diesem Schritt verbunden werden sollte, wird jetzt mutatis mutandis in der Politik der Rechtsopposition gegenüber dem Youngplan wiederholt. Nicht um Einheitsfronten zu gestalten, sondern um eine politische Wirksamkeit zu ermöglichen, ist es notwendig, schon jetzt die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Denn es ist falsch, jetzt zu schweigen, weil Gruppen und Persönlichkeiten, denen wir weltanschaulich und politisch nahe stehen, und zu machbare Wege gehen. Dieser Körpergeist, der den Freunden jeder Kritik verbieten möchte, damit der Gegner sich nicht etwas leisten könne, hat schon im alten Staat viel Unheil angerichtet. Freimütige Warnungen sind nützlicher als das Schweigen zu Entwürfungen, deren Gefährlichkeit und Verwerflichkeit auch die Feinde erkennen, die sie unter dem Druck einer falschen Solidarität heute mitmachen.“ Keiner der Urheber des kommenden Volksbegehrens glaubt an deren Erfolg. Keiner von ihnen glaubt daran, daß es in absehbarer Zeit möglich ist, durch eine revolutionäre Umgestaltung die Verträge zu zerlegen, die in den nächsten Wochen abgeschlossen werden und die dann einen Teil des internationalen Rechts bilden. Mit allen Gegnern der Unterzeichnung sind wir uns in der Erkenntnis einig, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands bei der Aufstellung des Youngplans nicht genügend berücksichtigt worden ist, daß unter den obwaltenden Umständen auch der Youngplan mit seinen verminderten Zahlen alsbald zu einer Krise führen muß, aber darin unterscheiden wir uns von den unbedingten Gegnern jeder Unterzeichnung, daß wir es für unverantwortlich halten, zu warten, bis die Katastrophe da ist. Die Theorie, daß es erst einmal ganz allgemein kommen müsse, ehe die Besserung eintreten könne, ist innenpolitisch und außenpolitisch gleich falsch.“

Weiter geht der Aufsatz auf, was eine richtige Opposition bei der Gestaltung der Dinge an Aufgaben zu erfüllen hat. Und er schließt: „Genau so, wie nur ein Deutschland auf die Durchsetzung seiner Lebenswichtigen Forderung rechnen kann, das unter dem vollen Einsatz seiner Kraft an seinem Wiederaufbau arbeitet, genau so werden sich im Inneren nur diejenigen Kräfte zur Geltung bringen können, die ihr ganzes Gewicht an Willen und Können in die Waagschale werfen. Ob dies mit der Durchsetzung eines Volksbegehrens gegen den Youngplan geschieht, mag fraglich bezweifelt werden.“ Diese Auffassung von praktischer Opposition können wir uneingeschränkt teilen. Aber Hugenberg wird sie nie begreifen. Für ihn ist Opposition nur hemmungslose Kritik, hemmungsloses Verneinen auch dann, wenn er vom Gegenteil überzeugt ist. Und es wird eines Tages aller Wahrscheinlichkeit nach, wenn wir diese dauernden Kritik aus Reichstagen und Landtagssitzungen in der Deutschnationalen Volkspartei zu einer Spaltung dieser Partei kommen wird, glauben wir nicht. Denn auch die Kreise um Lambsdorff und Hitler

Stinnes freigesprochen!

Verurteilt nur v. Waldow, Groß und Eugen Hirsch.

Berlin, 27. Juli. Im Stinnesprozeß verurteilte unter lebhaftem Andrang des Publikums Landgerichtsdirektor Kuntz heute früh folgendes Urteil:

Die Angeklagten Stinnes, Nolmann, Leo Hirsch und Schneider werden freigesprochen. Es werden verurteilt: Der Angeklagte v. Waldow wegen gemeinschaftlichen Betrugsversuchs zu vier Monaten Gefängnis, wovon sieben Wochen durch die erlassene Unterhaftung als verbüßt gelten; der Angeklagte Bela Groß wegen desselben Vergehens zu vier Monaten Gefängnis, wovon eine Woche durch die Unterhaftung als verbüßt gilt. Der Angeklagte Eugen Hirsch wegen Beihilfe zum versuchten Betrug zu 3000 M. Geldstrafe bezw. einem Monat Gefängnis. Die Kosten des Verfahrens fallen, soweit Freisprechung erfolgt ist, der Staatskasse, im übrigen den verurteilten Angeklagten zur Last. Die Haftbefehle gegen Stinnes, Nolmann und Leo Hirsch werden aufgehoben, v. Waldow erhält Bewährungsstrafe von drei Jahren.

Die Angeklagten und das Publikum nahmen das Urteil ruhig auf.

Die Urteilsbegründung.

Berlin, 27. Juli. In der Urteilsbegründung gegen die Angeklagten im Stinnes-Prozeß wies der Vorsitzende zunächst auf die erheblichen Schwierigkeiten hin, die in diesem Prozeß der Erfassung der Wahrheit entgegenstehen.

Rücktritt des französischen Kabinetts.

Die Folge der Demission Poincarés.

Paris, 27. Juli.

Auf Grund des Beschlusses des getrennten Kabinetts hatten die Minister Briand und Barthou sich heute vormittag nach 9 Uhr zu Poincaré begeben, um ihn zu ersuchen, seinen Rücktrittsbefehl rückgängig zu machen. Da Poincaré seine Demission aufrecht erhielt, haben die Regierungsglieder im Laufe des heutigen Ministerrates dem Präsidenten der Republik die Gesamtdemission des Kabinetts überreicht. — Präsident Doumergue hat daraufhin in der üblichen Weise sofort seine Botschaften zur Lösung der Krise mit der Berufung der Präsidenten von Kammer und Senat ins Elisee begangen.

Ueber den Gesundheitszustand des Ministerpräsidenten Poincaré und über die Folgen seiner Erkrankung berichtet der „Matin“ folgendes: Poincaré leidet an einer Erkrankung der Prostata (hastanische Drüse) unterhalb der Harnblase, die sich im Alter häufig vergrößert und deren Verkleinerung sich dann durch Operation empfiehlt, und man befürchtet sogar eine Zeitlang eine Harnvergiftung. Doch soll seit einigen Tagen der Gesundheitszustand des Ministerpräsidenten viel zufriedenstellender geworden sein. Sein Allgemeinzustand soll sogar gut sein. Ende nächster Woche soll eine Prostatatomaoperation durchgeführt werden.

Was die Frage der Nachfolge Poincarés anbelangt, so rechnet man allgemein damit, daß Staatspräsident Doumergue Briand mit der Kabinettsbildung beauftragen wird, und zwar, wie das über die Absichten des zurückgetretenen Ministerpräsidenten stets gut unterrichtet „Echo de Paris“ erklärt, auf den ausdrücklichen Wunsch Poincarés hin. Für die Ernennung Briands spricht nicht nur die Rolle, die er auf der bevorstehenden internationalen Konferenz zu spielen berufen ist, sondern auch der Erfolg, den der Außenminister in der vorigen Woche in der Kammer und erst am Freitag noch im Senat hatte. Es ist nicht wahrscheinlich, daß das Kabinett sich aus den alten Männern zusammensetzen wird.

Ruhebedürftig.

Paris, 27. Juli.

Briand, der ebenso wie Tardieu und Loucheur im Laufe des Freitag vormittag Poincaré einen Besuch abgestattet hatte, sagte gestern die Minister von

werden wohl die christlich-sozialen Bewegung, die natürlich nichts mit Stius Heller zu tun hat, innerhalb der Deutschnationalen Partei verstärken können, aber sie werden nicht so viele Wahlen hinter sich zu bringen vermögen, um eine neue Partei zu gründen, die sich aus evangelisch-sozialen Arbeitnehmern bilden soll.

Vor einem deutschen Schritt in Warschau wegen Ullg.

Berlin, 27. Juli. Wie wir erfahren, ist gegen das heute ergangene Urteil im Stinnes-Prozeß seitens des Generalstaatsanwalts Berufung in vol-

den hätten. Es könne daher nicht zweifelhaft sein, daß der Sachverhalt gewisse Lücken aufweise und daß die Arbeit des Gerichtes trotz aller Sorgfalt nur Stückwerk sein könne. Der Vorsitzende schloß dann eingehend den Sachverhalt und bedauerte, daß Eugen Hirsch, Rothmann, Stinnes und v. Waldow nicht den Weg zur deutschen Sonderkommission gefunden hätten. Sie würden dann zweifellos durchgehaut haben, daß es sich hier nicht um ein reelles Geschäft, sondern um Betrug handelte.

Der Staatsanwalt legt Berufung ein.

Berlin, 27. Juli. An zuständiger Berliner Stelle wird das Urteil gegen den Führer des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien, Ullg., als ein reines Tenorurteil bezeichnet. Im Verlaufe des Prozesses sind von amtlicher polnischer Seite schwere Vorwürfe gegen die preussische Regierung erhoben worden. Diese Vorwürfe werden jetzt genau geprüft. Nach Beendigung der Prüfung dürfte die erforderlichen Schritte von deutscher Seite in Warschau hiergegen unternommen werden.

Stinnes firmiert um.

Berlin, 27. Juli. Noch bevor das Urteil im Berliner Stinnes-Prozeß gesprochen worden ist, hat sich eine der Stinnes'schen Hamburger Unternehmungen, die bisherige Aktiengesellschaft Hugo Stinnes für Seefahrt und Lebensversicherung in anderen Namen gegeben. Laut Bekanntmachung im amtlichen Anzeiger ist in der kürzlich veranstalteten Generalversammlung des Unternehmens eine neue Firmenbezeichnung gegeben worden, auf der der Name Hugo Stinnes gestrichen worden ist.

Pariser Pressestimmen.

Paris, 27. Juli.

Die Absicht Poincarés, das Ministerpräsidentenamt niederzulegen, wurde im Laufe des Freitagabend erst spät bekannt, daß nur ein Teil der Morgenpresse in der Lage war, zu ihr Stellung zu nehmen. Allgemein gibt sie der Hoffnung Ausdruck, der von Briand und Barthou unternommene Versuch, den Ministerpräsidenten umzustimmen, möge von Erfolg begleitet sein. Der „Matin“ meint, nicht nur in Frankreich, sondern auch im Ausland würde man mit Verdruss einen Staatsmann von solchem Werte, wenigstens vorübergehend gerade in der Stunde der Verwirrung, in der die Regierungskontinuität eine Liquidierung des Krieges fördern werde, der Poincaré seit zehn Jahren immer die Hilfe seiner Autorität und seines Patriotismus gebracht habe. (Diese Verdrüsslichkeit mit dem erkrankten Herrn nicht. Die Red.) Außerhalb und innerhalb der Grenzen Frankreichs würde man diesem großen Franzosen die aufrichtigen Wünsche für baldige Wiederherstellung entgegenbringen.

Anders und richtiger über die Einstellung Poincarés zur Kriegsliquidation urteilt der „L'Espresso“, der schreibt: Auf der kommenden Diplomatenkonferenz hätte Poincaré eine außerordentlich schwere, aber nützliche Aufgabe gehabt. Er ist der Politiker, der seit zehn Jahren ohne Unterlass an die Rechte Frankreichs aus seinem Siege und aus dem Vertrag erinnert. Er hat in allen seinen Reden und Schriften den nationalen Willen vertreten, in dem Augenblicke zu handeln und dem Unikum des Internationalismus einen leidenschaftlichen Widerstand entgegenzusetzen. So liegt etwas Pathetisches in diesem Satz des Schlußsatzes. Der „Petit Parisien“ kommt zu der Auffassung, die Aufgabe Poincarés sei noch nicht vollendet.

Zaleski bei Briand.

Paris, 27. Juli. Der „Petit Parisien“ berichtet, daß der polnische Außenminister Zaleski im Laufe seines gestrigen Besuchs bei Briand über die künftige Reparationskonferenz gesprochen und dabei den Wunsch geäußert habe, Polen möge zur Teilnahme aufgefordert werden. Selbstverständlich, so erklärt das Blatt, begreift Frankreich die Notwendigkeit dieser Teilnahme, die es auch stets gefordert habe. Es kann sich natürlich nur darum handeln, daß Polen wie die übrigen reparationsberechtigten Länder an der Beratungen über den Youngplan teilnimmt, da sich an der

Verschiebung der Reparationskonferenz auf den 16. August?

London, 27. Juli. Die „Times“ berichtet aus Paris: Wenn die Absicht der beteiligten Regierungen, die Vereinigten Staaten zur Entsendung eines Vertreters zur Reparationskonferenz einzuladen, bestehen bleibt, so würde die für die Ernennung des Delegierten und seine Reise nach Europa erforderliche Zeit die Verschiebung des Eröffnungstages notwendig machen. Unter Berücksichtigung dessen wird der 16. August als der wahrscheinlichste Zeitpunkt für den Zusammentritt der Konferenz angesehen.

Erdbeben in Ecuador.

60 Tote.

Newport, 26. Juli. Nach einer Meldung der „Associated Press“ aus Quito (Ecuador) zerstörte ein Erdbeben heute früh die Stadt Mochoa fast völlig. Unter den Bewohnern, von denen nach den bisherigen Nachrichten 60 den Tod fanden, ist eine allgemeine Panik ausgebrochen.

Nach einer weiteren Meldung der „Associated Press“ aus Quito (Ecuador) folgten auf den Hauptstoß, durch den getötet die Ortschaft Mochoa heimgesucht wurde, noch weitere leichte Stöße, die den Schrecken der Einwohner, die sich hatten retten können, nur noch erhöhten. Auch in den Ortschaften Tumbillo, Macachi und Patateca wurde durch das Erdbeben beträchtlicher Schaden angerichtet. Verletzte und tote Kreuzritglieder waren zur Hilfeleistung für die Verletzten und Obdachlosen aus Quito herbeigeeilt. Die Erdbeben dauerten bis zum Abend fort. Im Zentrum des Sebens stürzten sich abgrundtiefe Spalten, die 100 Meter breit waren. Sämtliche betroffenen Ortschaften liegen in einem Bergland, das sich südlich von Quito erstreckt in der Nähe des Vulkans Cotopaxi. Patateca zählt 17000 Einwohner. Die anderen Orte sind kleiner.

Auch in Japan heftiges Erdbeben.

Tokio, 27. Juli. Der Bezirk von Tokio ist von einem heftigen Erdbeben erschüttert worden. Das Zentrum des Bebens, das in Tokio und Yokohama deutlich zu spüren war, und unter der Einwohnerzahl eine Panik hervorrief, lag etwa 45 Kilometer südwestlich von Tokio. Das Erdbeben war eines der schwersten seit 1923 und erreichte seine größte Stärke in der Ortschaft Kamakura, aber da kein Brand entstand, blieb der angerichtete Schaden gering. Der Eisenbahnverkehr in der Umgebung von Tokio und Yokohama mußte zeitweise eingestellt werden.

Ein Passagierdampfer auf der Oder gesunken.

1 Toter, 1 Vermisster.

Stettin, 27. Juli. In der vergangenen Nacht um 1 Uhr ist beim Anlegen am Bollwerk der Greifenhagener Schiffsahrtsgesellschaft gehörende Dampfer „Schwedt“ aus bisher unbekannter Ursache gesunken. Das Schiff, das in etwa vier Minuten abdriftete, hatte außer der fünf Mann betragenden Besatzung etwa 28 bis 30 Fahrgäste an Bord, die glücklicherweise fast alle gerettet werden konnten. Nach den bisherigen Feststellungen hat das Unglück ein Todesopfer gefordert, während eine Person vermisst wird. Zwei weitere Personen wurden mit Verletzungen in das Krankenhaus eingeliefert. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß sich noch einige Tote im Innern des gesunkenen Dampfers befinden, der im Laufe des Tages gehoben werden soll.

Taucher finden keine Leichen mehr.

Stettin, 27. Juli. Zu dem Schiffsunglück am Schwedter Ufer in Stettin wird noch ergänzend gemeldet, daß der gesunkene Personen-Dampfer „Schwedt“ mit Kartoffeln und Gemüse beladen war. Die an Bord befindlichen 30 Personen, meist Frauen, wurden zum Markt, wo sie ihre Waren verkaufen wollten. Außer dem Dampfer „Schwedt“ ist auch der Rahm „Albert“ gesunken, der ebenfalls Kartoffelladung hatte. Von den Fahrgästen ist die Gastwirtin Reglin aus Greifenhagen tot, während eine Frau Wolter aus Nippes wie noch vermisst wird. Außer der Frau Reglin hat der Taucher in den Räumlichkeiten keine weiteren Leichen gefunden. Danach scheinen alle übrigen Fahrgäste gerettet zu sein. Die Hebung des Dampfers ist sofort eingeleitet worden und wird aller Voraussicht nach bis Montagabend durchgeführt sein. Nach den bisherigen Feststellungen trifft den Schiffsführer keine Schuld.

Großfeuer auf der Westerplatte.

Danzig, 27. Juli. In der vergangenen Nacht kurz nach 11 Uhr brach auf der Westerplatte auf dem Gelände des polnischen Munitionslagers ein Großfeuer aus. Der Brand war in einem nach der See liegenden Schuppen im Salpeterlager ausgebrochen

durch Selbstentzündung zum Ausbruch gekommen. Der Danziger Bevölkerung bewachte sich große Erregung, zumal riesige knatternde Feuerfäulen weithin sichtbar waren. Glücklicherweise lagerte zurzeit auf der Westseite kein Pulver und keine Munition, da sonst das Unglück unabsehbar geworden wäre. Da die Feuerwehr mit Schlauchleitungen an den Brandherd nicht heran konnte, wurde dem Feuer mit Löschooten zu Leibe gegangen. Der Schuppen brannte bis auf die Umfassungsmauern vollständig nieder.

Dieser Brand ist ein Beweis dafür, welche Gefahren das polnische Munitionslager, das am Eingang des Danziger Hafens und dicht am Danziger Neufahrwasser liegt, für den Handel und auch für die Stadt Danzig und ihre Bevölkerung bildet und wie unhaltbar das Bestehen dieses Munitionslagers auf die Dauer ist, der gewissermaßen ein Damoklesschwert über dem Haupte der Danziger Bevölkerung bildet.

müssen sie Stimmung gegen China machen, und dabei kommt es ihnen auf Fälschungen und Verdrehung der Wahrheit, wie wir gesehen haben, nicht an.

tenenschaft aufzurufen, sowohl an den akademischen Kreisen, wie an den sonstigen Verfassungskörpern der republikanischen Bevölkerung geschlossen teilzunehmen, um die besondere Verbundenheit mit den breiten Massen der Republik zu bezeugen.

Die Erregung in der französischen Kammer.

Schärfste Proteste der Linksparteien.

Paris, 27. Juli. In der Kammer kam es, wie bereits kurz gemeldet, gestern Abend nach Annahme eines Gesetzes über die Justizreform zu einem unerwarteten Vorstoß der Linksparteien gegen die Regierung, als Justizminister Barthou die Tribüne bestieg und das Dekret über den Schluß der ordentlichen Sitzung verlas. Dieses Dekret wurde in der Mitte mit Beifall, auf der linken mit lauten Rufen und Beifallgeklapper aufgenommen. Der kommunistische Abgeordnete Barthou verlangte das Wort zum Sitzungsprotokoll, dessen Annahme der Vorsitzende der Kammer vorschlug. Er erging sich in heftigen Angriffen gegen die Regierung. Der radikale Abgeordnete Dailmier bedurfte auf Drängen seiner politischen Freunde, die sehr erregt waren, die Tribüne, um dagegen zu protestieren, daß die Annahme durch die Schluß der Regierung werden konnte. Ebenso protestierte ein kommunistischer Abgeordneter gegen ein Dekret, das die Regierung das Recht befreit, das Schlußdekret der Kammer zu verlesen, während der Senat nachtagte. Das sei ein unethisches Manöver. Der Abgeordnete Blum bestritt die Auffassung des Vorsitzenden, daß eine gleichzeitige Verlesung des Schlußbetrags in beiden Häusern nicht notwendig sei. Seine Worte gingen im Lärm unter. Das Protokoll wurde zur Abstimmung gestellt und mit 276 gegen 258 Stimmen abgelehnt. Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung entspann sich eine längere Debatte darüber, ob das Schlußdekret wirklich verlesen sei. Verschiedene Abgeordnete behaupteten, es nicht verlesen zu haben. Der Präsident forderte die Kammer mit Rücksicht darauf, daß die Kammer nicht ohne Genehmigung des Protokolls geschlossen werden könne, auf, sich nicht in diese Debatte einzulassen. Der Abgeordnete Léon Blum ergriff nochmals das Wort und erklärte, die Verlesung des Schlußbetrags, noch ehe der Senat sich über die Ratifizierung der Abkommen habe äußern können, sei eine Unrechtmäßigkeit, die linksstehenden Abgeordneten hätten das einzige Mittel zur Verfügung stehende Mittel ergriffen, um ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung zu erreichen. Blum forderte hierauf die Kammer auf, das Protokoll einstimmig anzunehmen. Dies geschah in einfacher Abstimmung, und die Sitzung wurde ohne weiteren Zwischenfall geschlossen.

schiedene Senatoren erklärten, daß der Senat unter diesen Umständen nicht mehr in der Lage sei, über einen von der Kammer bereits beschlossenen Text zu bestimmen. Infolge der Zwischenfälle, die sich bei der unerwarteten Verlesung des Dekrets zur Schließung der Parlamentssession in der Kammer ereignet haben, sind auf Wunsch einer Anzahl Radikaler und Sozialisten für Sonnabend vormittag Fraktionskollisionen dieser beiden Parteien anberaumt worden, um einen Protest gegen die Schließung der Kammer auszusprechen. Der radikale Abgeordnete Léon Meyer sammelt unter seinen Kollegen Unterschriften, um die Wiedereröffnung der Parlamentssession durchzusetzen, die erfolgen muß, wenn die Hälfte aller Abgeordneten es verlangt.

Die Annahme der Schuldenabkommen im französischen Senat.

Paris, 28. Juli. Im Senat wurde nach der bereits gemeldeten Abstimmung einstimmig folgende Entscheidung angenommen: Der Senat stellt fest: 1. Daß die internationalen Vereinbarungen Deutschland zu Zahlungen verpflichten, die gleichzeitig einen Teil der Rückstände der Reparationszahlungen bilden und den Dienst der in den Abkommen enthaltenen oder den in den Abkommen vorgesehenen Annuitäten sichern; 2. Daß die französische Regierung, falls Deutschland seine Zahlungen verweigert, das Recht habe, im ganzen oder teilweise Aufschub der französischen Zahlungen auf drei Jahre auf Grund der Abkommen von Washington und London im Zusammenhang mit dem Briefwechsel Caillaux-Churchill vom 12. Juli 1926 zu fordern. Der Senat rechnet bei den zu erfüllenden Verbindlichkeiten auf die Freundschaft und Wohlwollen der Vereinigten Staaten und England. Die Kriegsschulden sind aufgenommen worden, um den Sieg der Alliierten zu sichern. Ihre Regelung werde Frankreich keine Schwierigkeiten im Falle eines Verlangens Deutschlands schaffen.

Aufruf des deutschen Studentenverbandes.

Berlin, 27. Juli. Der Vorstand des deutschen Studentenverbandes erläßt folgenden Aufruf: Das deutsche Volk rüft sich, den 10. Jahrestag der Schöpfung der Verfassung der deutschen Republik in ernster und würdiger Form zu begehen.

Wir erachten es als unsere vornehmste Pflicht — zumal in einem Augenblick, wo Kreise der deutschen Studenten erneut zur Wahrung des neuen Staates und seiner Symbole aufrufen —, die uns angehörenden Organisationen an allen deutschen Hochschulen, die Gesamtheit der verfassungstreuen Studenten.

Schwedischer flottenbesuch in Kiel.

Kiel, 27. Juli. Heute vormittag trafen in der Kieler Förde eine schwedische U-Boot-Abteilung, bestehend aus einem Mutterboot mit sieben U-Booten, und ein Tender mit sieben Marineflugzeugen zu einem zweitägigen Besuch ein. Auf der Höhe von Friedrichsort wurde der übliche Salut zwischen der schwedischen Flotte und der deutschen Küstenbatterie ausgetauscht.

Der Führer der U-Bootabteilung, Kapitän J. S. Friis, machte in Begleitung des deutschen Vizekonsuls und des schwedischen Konsuls seine Begrüßungsbefehle beim Flottenchef, beim Stationschef, dem Oberbürgermeister, dem Oberpräsidenten, die unmittelbar erwideret wurden. Für die Offiziere und die Mannschaft sind verschiedene Veranstaltungen vorgesehen.

Ein neuer britischer Staatsvertrag mit Ägypten.

Der Entwurf fertiggestellt.

London, 27. Juli. Die Kairoer Zeitung „El Mokattam“ veröffentlicht nach Mitteilung von wohlunterrichteter Seite den Entwurf eines Vertrages, der gegenwärtig zwischen dem in England weilenden ägyptischen Ministerpräsidenten Mohammed Mahmud Pascha und dem englischen Auswärtigen Amt erörtert wird. Die Hauptbestimmungen dieses Vertrages, der von ägyptischer Seite entworfen wird, sind nach dem Blatt folgende:

8. Das Amt des Rechtsberaters für den Schut der Ausländer wird aufrecht erhalten.
9. Das Amt des Finanzberaters im Zusammenhang mit der öffentlichen Schuld bleibt bestehen.
10. Anerkennung der Schulden des Sudan.
11. Anerkennung des Sudanvertrages von 1899.
12. Großbritannien unterträgt Ägypten mit seiner bewaffneten Macht im Falle eines Angriffes einer dritten Macht gegen Ägypten, während Ägypten umgekehrt im gleichen Falle Großbritannien unterträgt.

Probefahrt des „Graf Zeppelin“.

Friedrichshafen, 27. Juli. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute morgen um 5.40 Uhr mit einer Reihe von Fahrgästen unter dem Kommando von Dr. Eckener zu einer Probefahrt, der ersten Fahrt seit der Rückkehr des Luftschiffes aus Frankreich, aufgebrochen. Nach dem Verlassen der Halle ging der Start reibungslos vonstatten. Außer der Besatzung befanden sich ungefähr 25 Fahrgäste an Bord. Die Fahrt erstreckte sich auf das Bodenebene und dauerte die 8.32 Uhr, wo das Luftschiff landete. Am Sonntag früh wird eine zweite Fahrt unternommen werden, deren Route zwar noch nicht festgelegt ist, die sich aber etwas über 12 Stunden hinziehen und sich weiter in das Reich hinein erstrecken wird. Ob die Fahrt in östlicher oder westlicher Richtung verläuft, ist noch ungewiß.

Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Polizei.

Berlin, 27. Juli. Als gestern gegen Mitternacht in der Büchsenstraße zwei Personen, die auf dem Fahrrad ausfuhren, mit einem auf den 1. August anbringenden Wollen, von Polizisten verhaftet werden sollten, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den beiden Parteien. Die Polizei nahm an, die gegen die Polizeibeamten eine drohende Haltung annehmen, sie mit Steinen beworfen und stark bedrängten. Aus der Menge wurden auch einige Schüsse auf die Beamten abgegeben, die jedoch niemanden trafen. Erst nach Eintreffen weiterer Verstärkungen gelang es der Polizei unter Anwendung der Gummiknüppe die Menge zu zerstreuen.

Schwierige Landung.

Friedrichshafen, 27. Juli. Die Landung des Zeppelins gestaltete sich ziemlich schwierig, da starke Luftböen auftraten. Man war gezwungen, sämtliche Ballastabwürfer zu benutzen. Während der Fahrt war das Wetter sehr regnerisch und das Luftschiff dadurch stark belastet worden. Die Motoren waren während der ganzen Fahrt stets auf Höchstleistung eingestellt und arbeiteten vorzüglich ohne irgendwelchen Zwischenfall. Dr. Eckener äußerte sich nach Beendigung der Fahrt dahin, es sei möglich, daß bereits morgen früh zwischen 7 und 8 Uhr die nächste Probefahrt, die etwa 12 Stunden dauern soll, angetreten werde.

16 Todesopfer auf der „Devonshire“.

Malta, 27. Juli. Die Zahl der bei der Explosion an Bord des Kriegsschiffes „Devonshire“ Getöteten hat sich auf 16 erhöht.

Der Flug von Sylt nach Island.

Die Schilderung des Flugleiters.

Hamburg, 27. Juli. Der Leiter des Flugunternehmens nach Island, von Gronau, gab dem Spalter Vertreter der Telegraphen-Union eine kurze Schilderung seines interessanten Abenteuerfluges. Demnach hatte die außer dem Führer aus drei Fliegern bestehende Mannschaft trotz verhältnismäßig günstiger Witterung dennoch das Luftschiff dadurch stark belastet worden. Die Motoren waren während der ganzen Fahrt stets auf Höchstleistung eingestellt und arbeiteten vorzüglich ohne irgendwelchen Zwischenfall. Dr. Eckener äußerte sich nach Beendigung der Fahrt dahin, es sei möglich, daß bereits morgen früh zwischen 7 und 8 Uhr die nächste Probefahrt, die etwa 12 Stunden dauern soll, angetreten werde.

325 Stunden in der Luft.

Newport, 27. Juli. Die amerikanischen Dauerflieger Jackson und O'Brien haben mit ihrem Flugzeug „St. Louis Robine“ bis Samstag früh 325 Flugstunden mit Brennstoffübernahme zurückerlegt. Damit sind sie schon zwei Wochen in der Luft. Die Flieger zeigen keine Spur von Ermüdung und sehen ihren Rekordflug mit der Abicht fort, nunmehr volle 500 Stunden zu fliegen.

Handelsnachrichten.

Berliner Produktenmarkt. Berlin, 27. Juli. Weizen 256—259, Juli, Sept. 259,5 u. G. Okt. matter 271—271,5; märk. Roggen 201—203, Juli 212, Sept. 220—221, Okt. 222—223,5; stetig; Futtergerste 176—189, schwächer; märk. Hafer 181—190, Juli 202,5, Sept. 207,5, Okt. 212, stetig; Mais 231—232, stetig; Weizenmehl 31—36, stetig; Roggenmehl 28,2—29,25, stetig; Weizenkleie 12,75—13, stetig; Roggenkleie 12,25—13, stetig; Naps 330—335, stetig; kleine Speiseerbsen 28—34, Futtererbsen 11—23; Gelbsenf 20—22; Adersbohnen 22 bis 25; Widen 28—32; Lupinen blaue 28—32; Lupinen gelbe 29—31; Rapssamen 19,30; Reinfusöl 22,20—23,75; Treibschmelz 11,40—11,60; Sonnenblumenöl 20—20,5; Kartoffelflocken 16,5—17,20.

Bremer Baumwollse.

Bremen, 27. Juli. Jan. Brief 2006, Febr. 2002, bez. 2014; März 2010, April 2017, Mai 2027, 2023, 2025; Okt. 1932, 1975; Dez. 2005, 2002, 02. Tendenz: stetig.

Überpooler Baumwollse.

Liverpool, 27. Juli. Jan. 998, Febr. 999, März 1002, April 1003, Mai 1004, Juni 1009, Juli 1013, Aug. 1005, Sept. 1003, Okt. 1001, Nov. 998, Dez. 999, 1003; Loco 1052, Tagesimport 31 700, Tagesexport 2000, Exportverfall 100, Egypt. Upper J. G. fair loco 1152, Tendenz: stetig.

Ostindische Baumwollse.

Liverpool, 27. Juli. Loco J. G. Surtee 935; Loco J. G. Broad 850; Loco J. G. Nr. 1 Domra 760; Loco J. G. Americ. Sind-Punjab 810; Loco J. G. Bengal 840; Loco J. G. Sind 840.

Direkte russisch-chinesische Verhandlungen.

Rußland verlangt Wiederherstellung des Status quo.

London, 27. Juli. Die „Morning Post“ berichtet aus Washington: Von zuverlässiger Seite verlautet, daß China und Rußland jetzt in direkten Verhandlungen über die Frage der mandchurischen Bahnhöfen. Es werde gehofft, daß Rußland seine Schwierigkeiten wegen der Entlassung neuer Bahndirektoren anstelle der „rechtmäßigen“ Ausgewiesenen machen wird. Die „Times“ berichtet aus Wladiwostok, daß in Tschangtschu abgehaltene Besprechungen zwischen Tschangtschu und dem russischen Generalkonsul in Wladiwostok, der chinesische Vertreter habe hauptsächlich die Notwendigkeit der Einleitung der kommunikativen Tätigkeit, sowie die Notwendigkeit des Betriebes der Bahn als reines Handelsunternehmen behandelt. Melnikoff dagegen deutete den Wunsch der Sowjetregierung an, die Wiederherstellung des Status quo und wenn möglich noch mehr zu erreichen. Melnikoff habe sich zur Berichterstattung nach Moskau begeben.

Unterstützt: „Enthaupete chinesische Räuber, welche die Grenze eines Goldgräberbezirks überschritten hatten.“ Das Bild ist nämlich schon fast 30 Jahre alt und in dem 1901 erschienenen Buche von Josef Ruxner über China, das wegen des Bogerselbstzuges sehr aktuell war, veröffentlicht worden. Die „Kote Fahne“ hat sich also einer groben Fälschung schuldig gemacht und wendet Methoden der Fälschung an, wie sie im Weltkrieg gegen Deutschland oft genug erlebt wurden. Leider hatten wir damals nicht immer die Möglichkeit, vor aller Welt die Fälschungen offen zu legen. Bei Tiziani ist die Kontrolle ohnehin schwieriger als bei Textilien. Wenn aber heute wieder solche Fälschungen aufkommen, müssen die Urheber entlarvt werden, ganz gleich, wo sie stehen und gegen wen sie die Fälschungen richten.

Nach dieser Entlarvung scheint der „Koten Fahne“ der Appetit etwas vergangen zu sein, weswegen sie nunmehr zu anderen Mitteln in der Propaganda greift und sich sogar nicht davor scheut, deutsche Amtsstellen zu verächtlichen. Die „Kote Fahne“ behauptet nämlich, daß China absichtlich unterstützt wurde bei seinem Streite mit Rußland.

Die „Kote Fahne“ will dadurch beweisen, daß sie einen „Geheimrat“ des preussischen Innenministers Orzesinski bringt und aus ihm eine „Waffenhilfe der SPD-Minister“ gegen Sowjetrußland“ konstruiert. Der angebliche Geheimrat lautet:

Nachdem das Gesetz über den Waffenhandel nach China vom 31. März 1928 (R. G. Bl. I. S. 149) am 1. Mai 1928 abgelaufen ist, habe ich den Unterbefehl vom 25. Oktober 1927 auf, wonach alle Transittransporte von Waffen und Munition dem Auswärtigen Amt mitzuteilen sind.

Bekanntlich wurde dieses Gesetz über den Waffenhandel nach China Anfang 1928 vorgelegt unter Berücksichtigung des Bürgerkrieges in China. Das Gesetz wurde von vornherein auf ein Jahr begrenzt und bezog sich nur auf den Transitverkehr und auf die Beförderung von Transitwaren durch deutsche Schiffe, während ja bekanntlich nach dem Versailles Vertrag Deutschland selbst weder Waffen noch Munition exportieren darf. Die Begrenzung erfolgte um deswillen, weil man glaubte, daß die Verhältnisse in China sich in diesem Zeitraum klären würden. Die Geltungsdauer des Gesetzes sollte nur dann verlängert werden, wenn diese Klärung nicht eintreten würde.

Gegen Ende des Jahres 1928 hatte die jetzige Nationalregierung geordnete Verhältnisse geschaffen, sie wurde auch als die chinesische Regierung anerkannt, mit hin konnten alle Bestimmungen über das Verbot der Waffeneinfuhr nach China von allen Mächten, nicht nur von Deutschland, aufgehoben werden. Und der zu jenen Propagandabageweden umgedeutete Erlaß des preussischen Innenministers war nichts anderes, als die gegebene Folge der Nichtverlängerung des Gesetzes. Die Waffenhändler, durch das verbotene, werden sollte, daß irgendwelche in anderen Staaten gekaufte Waffen auf deutschen Schiffen nach China transportiert werden könnten. Das alles ist den Kommunisten bekannt, aber auf die „Kote Fahne“ Moskau

Deutschlands Haltung.

London, 27. Juli. Reuters meldet aus Washington, Deutschland habe den Vereinigten Staaten mitgeteilt, daß es sich voll und ganz den Bemühungen der anderen Mächte, eine friedliche Regelung des russisch-chinesischen Konfliktes herbeizuführen, anschließen werde.

Kommunistische Propaganda gegen China.

Die kommunistische Presse Deutschlands bemüht sich in auffälliger Form, eine Seite gegen China zu propagieren. Wir wissen nicht, welche klingenden Löhne sie dafür von den kommunistischen Machthabern erhält. Es ist nur interessant festzustellen, daß sie bei dieser Art von Kriegspropaganda nicht vor den habseligsten Fälschungen zurückbleibt. Am letzten Sonntag zeigte ein von der „Koten Fahne“ veröffentlichtes Bild zwei Galgen, abgehauene Köpfe, einen Haufen verblutender, nackter Leichname. Ueberschrift lautet: „Ermordet und geköpft — so wütet Chiang Kai Schek, der Mörder des „Vorwärts“, gegen die revolutionären Arbeiter und Bauern Chinas.“ — Am Dienstag Abend brachte nun der „Vorwärts“ das gleiche Bild, aber in Verdoppelung. Er reproduzierte dasselbe Bild noch einmal aber mit der

Ueberschrift: „Ermordet und geköpft — so wütet Chiang Kai Schek, der Mörder des „Vorwärts“, gegen die revolutionären Arbeiter und Bauern Chinas.“ — Am Dienstag Abend brachte nun der „Vorwärts“ das gleiche Bild, aber in Verdoppelung. Er reproduzierte dasselbe Bild noch einmal aber mit der

Rheider
Beilage
Kritik
des
von
des
Organ
der

Nummer

Ta

Das
neues
freigesprochen
mäßig
geringen
jeder
wird
dieses
zum
Abschluß
bringen
genommen
haben.
Ludwig,
aus
den
waren,
hatte
ten
Gedanken
über
geschäfte
geleitet,
Ramen
vor
den
allerdings
in
der
den,
insbesondere
Hugo
Stinnes
bei
der
diesen
Wider
die
seht
andere
so
seine
Schuld
hat
er
geschafft,
ja
es
den
Gefängnis,
movo
littene
Unterjuch
denen
die
Reistra
braucht,
wenn
die
drei
Jahren
Rück
Angeklagte
Wela
nis
verurteilt
wird
erlittene
Unterjuch
er
keine
Bewährung
bei
seiner
Vernein
gehandelt
habe,
als
in
dem
Rahmen
Gelehes
selbst
gezo
höhe
von
10 000
Jen.
Sein
Verleidi
daß
Wela
Groß
de
als
er
merkte,
daß
er
sich
dabei
gefeht
ung
mit
sein
dritte
Verurteilung
seinem
Betrugsge
warum
wurde
chen?
In
der
se
über
ihn
und
sein
Bei
Stinnes
gung
darin,
daß
er
die
französischen
hat,
daß
er
den
An
rungen
der
französischen
und
gehandelt
hat,
war.
Es
ist
gera
Angeklagte
Stinnes
klar
war,
daß
wenn
der
berechtigte,
An
nicht
mehr
hätten,
für
die
Kriegsänder
beist
vollständig
be
schliche
Fah
er
sich
überhaupt
ein
dieses
Geschäft
ein
fundierte,
eine
Fahrt
als
er
nach
seiner
arbeitete,
das
ihm
u
vertraut
war,
al
mann
besonders
vori
Andere
ist
ab
wir
müssen
den
Ang
sachlich
gehandelt
daß
er
wusste,
daß
steht.
Und
diese
Ge
gemacht
werden.
v
oft
geweßelt,
es
können
um
als
Be
geklagten
in
Frage
in
seiner
ersten
Reise
er
zu
diesem
Zeitpunkt
Urteilen
Kenntnis
Angaben
nach
seiner
mann
gemacht
haben
gehen
und
von
keiner
angewandten
Nachfol
klären,
wenn
Stinne
und
nicht
an
die
Fo
un
Gefährlichkeit
Wen
daß
Stinnes
nicht
unerschütterlich
dau
nach
Paris
sch
dem
Geschäft
heraus
sehen,
das
Geschäft
Wann
v
Waldbom
nes
nicht
mit
voller
Tätigkeit
des
Angekl
sehr
erheblich
Stinnes,
aber
L
waren
nicht
beseitigt
nicht
überführt
freig
So
ist
in
der
Lu
nes
und
sein
Verha
teil
ausgesprochen,
wenn
er
einige
M
Geldstrafe
bekomme
spruch
also,
von
den
er
bestehen
bleibt.
Da
das
Urteil
in
seinem
legt.
In
absehbarer
Zeitraum
von
neu